

1/1996

Generalsekretär Peter Hintze: *Adenauer/21.*

1996 wird ein Jahr der Entscheidungen

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde!

Vor uns liegt das neue Jahr 1996.
Ich wünsche Ihnen persönliche Zufriedenheit
und Gesundheit für dieses neue Jahr;
uns allen aber weiterhin politischen Erfolg
zum Wohl der Menschen in unserem vereinten
Vaterland und in ganz Europa.

I. Die CDU kann das Jahr 1995 mit Zufriedenheit
und nicht ohne Stolz verabschieden. Es ist uns
gelingen, den nach Bundestagswahlen regelmäßig
zu beobachtenden Trend zu brechen: Während Re-
gierungsparteien nach einem Wahlsieg üblicherweise
zunächst einmal in der Gunst der Wähler verlieren,
hat sich die CDU als Garant politischer Stabilität in
der deutschen Parteienlandschaft erwiesen. Das in
langer Regierungszeit erarbeitete Vertrauen konnte
durch das überragende Ansehen von Helmut Kohl,
durch die Kompetenz unserer Regierungen und Frak-
tionen im Bund und in den Ländern sowie die Arbeit
unserer Mandatsträger in den Kreisen und Kommun-
en und nicht zuletzt durch das geschlossene Auftre-
ten der gesamten Union weiter gefestigt werden.

Die Diskussionen der letzten Wochen in der FDP ha-
ben manche Irritation hervorgerufen. Nicht zuletzt

Fortsetzung auf Seite 2

HEUTE AKTUELL

- **François Mitterrand**
Bundeskanzler Helmut Kohl: Eu-
ropa hat einen großen Staatsmann
verloren. Seite 9
- **Jubiläum**
Die Geschichte hat ihn bestätigt.
Generalsekretär Peter Hintze zum
120. Geburtstag von Konrad
Adenauer. Seite 11
- **Koalition**
Friedrich Bohl: Die Bundesregie-
rung hat ein immenses Arbeits-
pensum erledigt. Seite 12
- **Mieterschutz**
Bundesbauminister Klaus Töpfer:
Sozialklausel schützt Mieter.
Seite 14
- **BAföG**
Reform bei knappen Kassen.
Handreichung für die Partei zur
aktuellen Diskussion über die
Neugestaltung des BAföG.
Seite 18
- **Dokumentation**
Für einen zukunftssicheren
Sozialstaat. Gegen die Mär vom
Sozialabbau. Grüner Teil

Fortsetzung von Seite 1

stellt sich die Frage, wie stabil die Koalition der Mitte angesichts der Veränderungen in der FDP auf Dauer ist. Ich habe die feste Zuversicht, daß die Turbulenzen bei unserem liberalen Koalitionspartner eine vorübergehende Erscheinung waren und wir nun gemeinsam die Sacharbeit in der Koalition fortsetzen können. Ich bin davon überzeugt, daß auch die FDP-Politikerinnen und Politiker, die sich beim Mitgliederentscheid über die akustische Beweissicherung mit ihrer Position nicht durchsetzen konnten, die Kooperationsarbeit auch in Zukunft zuverlässig mittragen werden. Unser klares Ziel ist es, eine möglichst breite Basis für unsere eigene politische Arbeit zu sichern, das sich formierende Linksbündnis klar abzuwehren und die Koalition der Mitte aus CDU/CSU und FDP über den Wahltermin 1998 hinaus fortzusetzen.

Im Deutschen Bundestag haben wir unter Beweis gestellt, daß wir auch mit knappen Mehrheiten Politik kraftvoll gestalten können. Dies ist ganz wesentlich das Verdienst unseres Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Schäuble. Mit dem Jahressteuergesetz 1996 stellen wir das Existenzminimum steuerfrei. Wir haben den Familienlastenausgleich zu einem echten Familienleistungsausgleich weiterentwickelt, wie wir es in unserem Hamburger Grundsatzzprogramm beschlossen hatten. Mit einem im kommenden Jahr wirksam werdenden steuerlichen Entlastungsvolumen von rd. 20 Milliarden DM haben wir gezeigt, daß wir auch in Zeiten angespannter öffentlicher Haushalte deutliche Akzente setzen können.

Unser Respekt gilt den Soldaten der Bundeswehr, die im Auftrag der internationalen Völkergemeinschaft einen Beitrag leisten, den Frieden für Bosnien durchzusetzen und abzusichern.

Wir haben Volker Rühle zu danken, der mit Umsicht und Überzeugungskraft die notwendigen parlamentarischen und militärischen Entscheidungen vorbereitet hat. Wir wünschen unseren Soldaten, daß sie unversehrt wieder nach Deutschland heimkehren.

Auf dem 7. Parteitag in Karlsruhe hat die CDU ihre politischen Positionen für die EU-Regierungskonferenz 1996 festgelegt. Als die deutsche Europapartei haben wir klare Perspektiven für die Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union. Unsere Haltung zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ist eindeutig: Wir brauchen die gemeinsame Währung als Stabilitätsanker für die Fortentwicklung Europas.

Deutschland wird von dieser Währungsunion profitieren; kein anderes Land hat einen so hohen Exportanteil wie wir. Die ökonomische Stabilität, zu der sich die teilnehmenden Staaten verpflichtet, wird auch einen Beitrag zur politischen Stabilität leisten. Die mit der Währungsunion vorgenommene Vertiefung ist eine wichtige Voraussetzung für die schrittweise Erweiterung der Europäischen Union. Sie wird immer mehr Staaten veranlassen, sich stabilitätsorientiert zu verhalten, um am vollen Integrationsprozeß teilzuhaben.

Der Versuch der Sozialdemokraten, sich klammheimlich von ihrem ursprünglichen Ja zu Maastricht wieder zu verabschieden, ist zum Scheitern verurteilt. Wenn Oskar Lafontaine jetzt das wirtschaftliche Heil in einer Überschuldung Deutschlands und in einer Verletzung der Maastricht-Kriterien sucht, werden wir ihm scharf widersprechen. Dieser SPD-Kurs hätte den Ruin der Staatsfinanzen und den dauerhaften Niedergang der Wirtschaftsentwicklung sowie den Verlust vieler Arbeitsplätze zur Folge.

Die CDU wird 1996 zum Aktionsjahr für eine gemeinsame europäische Währung und eine gemeinsame europäische Stabilitätspolitik machen.

Die CDU hat wichtige Wahlen gewonnen: In Frankfurt konnte Petra Roth die Oberbürgermeisterwahl für sich entscheiden; in Berlin wurde die CDU mit Eberhard Diepgen mit deutlich gewachsenem Abstand zur SPD stärkste Partei. In Bremen sind wir mit unserem Spitzenkandidaten Ulrich Nölle zum ersten Mal bis auf einen Wimpernschlag an die SPD herangekommen.

Am 24. März kommt es zur Drei-Länder-Wahl. In Baden-Württemberg kämpfen wir mit Erwin Teufel um die absolute Mehrheit der CDU. In Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz wollen wir die CDU wieder zur stärksten Partei machen und mit Ottfried Hennig und Johannes Gerster die Ministerpräsidenten stellen. Der Tag der Drei-Länder-Wahl muß auch der Anfang vom Ende der Blockademehrheit der Sozialdemokraten im Bundesrat sein.

Zu den herausragenden Ereignissen des alten Jahres gehörten zweifelsohne die zahlreichen 50. Jahrestage unserer Gründung, die in vielen gelungenen Veranstaltungen Gelegenheit boten, die Wurzeln unserer Politik erneut ins öffentliche Bewußtsein zu heben und an die Leistungen der CDU Deutschlands im Laufe eines halben Jahrhunderts zu erinnern. Wenn man bedenkt, daß alle wesentlichen politischen Weichenstellungen in der Bundesrepublik Deutschland von der CDU erarbeitet und oft gegen den erbitterten Widerstand der Sozialdemokraten durchgesetzt worden sind, dann wird die Geschichte der CDU zu einem überzeugenden Argument für unsere Politik.

II. In diesem Jahr hat sich die deutsche Parteienlandschaft erneut verändert, und wir haben allen Grund, die

weitere Entwicklung in den kommenden Monaten sorgfältig zu analysieren.

Mit dem kaltherzig inszenierten Putsch Lafontaines hat sich die Position der SPD deutlich verschoben. Er treibt die SPD auf einen neuen Linkskurs. Mit Lafontaine leistet sich die deutsche Sozialdemokratie einen Vorsitzenden, der den Austritt aus der NATO gefordert und unsere wichtigsten Verbündeten, die Amerikaner, als „nukleare Terroristen“ beschimpft hat. Lafontaine hat die Zustände in der DDR schöngeredet und noch nach dem Fall der Mauer behauptet, der Sozialismus habe „nichts von seiner Strahlkraft eingebüßt“. 1989/90 stemmte sich Lafontaine gegen den Prozeß der Wiedervereinigung mit dem Argument, jetzt dürfe man nicht

Am 24. März kommt es zur Drei-Länder-Wahl. In Baden-Württemberg kämpfen wir mit Erwin Teufel um die absolute Mehrheit der CDU. In Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz wollen wir die CDU wieder zur stärksten Partei machen und mit Ottfried Hennig und Johannes Gerster die Ministerpräsidenten stellen.

national, sondern man müsse europäisch denken. Fünf Jahre später lehnte er die europäische Perspektive einer gemeinsamen Währung ab und befürwortete einen nationalen Überschuldungskurs. Wenn man die wirtschafts- und finanzpolitische Kompetenz des SPD-Vorsitzenden an seinen Taten messen will, muß man nur einen Blick ins Saarland tun, wo er seit zehn Jahren regiert. Desolate Finanzen, eine traurige wirtschaftliche Entwicklung und eine weit überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit sind die Bilanz seines Wirkens.

Mit der Wahl Lafontaines hat sich die SPD von dem Versuch Scharpings verabschiedet, Wähler der Mitte anzusprechen. Der neue Vorsitzende möchte „das linke Lager“ in Deutschland zusammenbringen und mehrheitsfähig machen. Damit werden die politischen Grenzverläufe in Deutschland wieder klar erkennbar.

Nicht wenige SPD-Wähler werden enttäuscht feststellen müssen, daß die Partei ihrer Wahl nicht mehr dort steht, wo sie sie erwarten; nicht wenige werden es ablehnen, dem neuen Kurs zu folgen. Die CDU steht denen als Gesprächspartner zur Verfügung, die durch Lafontaines Taktik ihre politische Heimat in der SPD verloren haben.

Bei kommenden Wahlen – und das gilt bereits für die Landtagswahlen im März – geht es um die Alternative zwischen der bewährten Kraft der Mitte und dem „linken Lager“. Das Besondere an dieser Konstellation ist die Tatsache, daß die SPD nicht nur die Grünen, sondern ganz offensichtlich auch die PDS in dieses „linke Lager“ einbezieht. Seit dem Tabu-Bruch von Magdeburg ist die Bereitschaft in der SPD kontinuierlich gewachsen, mit der PDS zusammenzuarbeiten. Die deutschen Sozialdemokraten gehen damit einen höchst gefährlichen Weg, der sie nach 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone bereits einmal ihrer politischen Identität beraubt hat.

Niemand darf sich über die Ziele der PDS täuschen, die eindeutig in ihrem Grundsatzzprogramm von 1993 formuliert sind. Die angestrebte Sozialisierung privaten Eigentums, der ausgeprägte Affekt gegen die parlamentarisch-repräsentative Demokratie, die geplante Verlagerung von Entscheidungskompetenzen in außerparlamentarische Gremien weisen die PDS als Partei aus, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland in ihren substantiellen Struk-

turen verändern will. Die PDS will nicht den Staat des Grundgesetzes, die PDS will einen anderen Staat.

Für demokratische Parteien muß es selbstverständlich sein, daß es keine Form der Zusammenarbeit mit Gegnern unserer Verfassungsordnung geben kann. Es geht nicht darum, die PDS „auszugrenzen“. Die PDS grenzt sich durch ihre Programmatik selbst aus dem Kreis der demokratischen Parteien aus. Es ist ein Gebot der politischen Hygiene, daß demokratische Parteien gegenüber der PDS eine ebenso eindeutige Trennungslinie ziehen wie gegenüber den rechtsradikalen Republikanern.

Den Sozialdemokraten werfe ich vor, durch ihre Taktik der mehr oder minder offenen Zusammenarbeit und der vielfältigen Gesprächskontakte die PDS zu verhärmlosen, aufzuwerten und ihre eigentlichen Ziele zu verschleiern. Die SPD erweckt den Eindruck, bei der PDS handele es sich um eine normale demokratische Partei. Das ist sie eindeutig nicht.

Die CDU muß bei ihrer klaren Abgrenzung gegenüber der PDS bleiben. Wir werden dabei sauber unterscheiden zwischen den Kadern der PDS und den Wählern der PDS. Wir brauchen dringend eine intensive Aufklärung über die wahren Ziele der PDS. Diese Aufklärung muß und wird die CDU allein leisten, denn die SPD entzieht sich dieser demokratischen Pflicht aus machttaktischen Motiven.

Insbesondere den Gliederungen der CDU in den neuen Bundesländern kommt hier besonderes Gewicht zu. Angela Merkel, Christoph Bergner und Rainer Eppelmann vertreten im Präsidium unserer Partei gemeinsam mit den Ministerpräsidenten in besonderer Weise die Anliegen der neuen Länder. Wir sind uns darin einig, daß neben der Stabilisierung der eigenen Wählerschaft und dem Versuch, Wählerin-

nen und Wähler anderer Parteien zu gewinnen, die hohe Zahl der Nichtwähler eine besondere Herausforderung für uns darstellt, die immer wieder neu anzugehen sich sehr lohnt.

III. Die wichtigste Gestaltungsaufgabe des Jahres 1996 ist die Förderung von Wachstum und Beschäftigung durch konsequente Deregulierung, eine verstärkte Flexibilisierung von Arbeitszeiten und eine Vereinfachung unseres Steuersystems. Angesichts tiefgreifender Wandlungsprozesse in der internationalen Arbeitsteilung, eines wachsenden Wettbewerbsdrucks und angesichts einer nach wie vor zu hohen Arbeitslosigkeit sind wir als führende Regierungspartei in besonderer Weise gefordert.

Standortschwächen werden wir nur überwinden und Arbeitslosigkeit nur dann abbauen und verhindern können, wenn es gelingt, erstarrte Strukturen aufzubrechen und ein Höchstmaß an Flexibilität aufzubringen. Immer noch sind Arbeits- und

Die wichtigste Gestaltungsaufgabe des Jahres 1996 ist die Förderung von Wachstum und Beschäftigung durch konsequente Deregulierung, verstärkte Flexibilisierung von Arbeitszeiten und eine Vereinfachung unseres Steuersystems.

Betriebszeiten in Deutschland zu starr geregelt, werden saisonale Schwankungen zu selten über Jahresarbeitszeitregelungen aufgefangen. Zu häufig werden Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe als einzige Alternative zum bisherigen Arbeitsplatz angesehen, obwohl durchaus alternative Tätigkeitsfelder vorhanden wären.

Es muß doch nachdenklich stimmen, daß in der Bundesrepublik Deutschland Jahr für Jahr bis zu eine Million Ausnahme genehmigungen für die Beschäftigung von Nicht-EU-Ausländern erteilt werden, weil der Arbeitskräftebedarf auf dem inländischen Arbeitsmarkt nicht zu decken ist.

Inzwischen wird über die Hälfte dessen, was unser Volk erwirtschaftet, von öffentlichen Haushalten und Sozialversicherungen in Anspruch genommen; der Spielraum für private Initiative wird immer enger. Wir Deutschen leisten uns das feinmischigste Ordnungsrecht der Welt. Haben die Schwierigkeiten, den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz durchzusetzen, nicht auch damit zu tun, daß der Erweiterungs- oder Neubau eines Kindergartens inzwischen durch zahllose Auflagen und Sonderbestimmungen unangemessen teuer ist? Ein anderes Beispiel: Um eine Anlage für chemische Produkte zu errichten, können bei uns vom Bauantrag bis zum Vorliegen der letzten Genehmigung 70 Monate vergehen.

Wen wundert es, wenn Unternehmer eine derartige Anlage im benachbarten Frankreich oder Belgien errichten – in einem Bruchteil der in Deutschland notwendigen Zeit oder in Tschechien zu Arbeitskosten, von denen sie in Deutschland nur träumen können? Erliegen wir nicht zunehmend der Gefahr, die gesetzlichen Regelungen zur Arbeitsförderung immer feiner auszudifferenzieren, so daß sie kaum noch überschaubar sind? Wäre es nicht dringend an der Zeit, die Bundesanstalt für Arbeit einer gründlichen Inventur und Bestandsbereinigung zu unterziehen?

Auf dem Karlsruher Parteitag haben wir uns einen ganzen Tag intensiv mit Fragen unserer Zukunft im 21. Jahrhundert auseinandergesetzt. Es lohnt sich, die Vorträge und Diskussionsbeiträge noch einmal nachzulesen. Es ist nicht nur spannend, über die pro-

gnostizierbaren Entwicklungen zu erfahren, es ist auch äußerst anregend, die unterschiedlichen Lösungsansätze der Diskutanten kennenzulernen.

Karlsruhe war kein punktuell Ereignis, sondern der Auftakt einer notwendigen und möglichst breit zu führenden Diskussion der ganzen Partei. Die CDU ist das Zukunftsforum Deutschlands. Es kommt jetzt darauf an, die Impulse des Karlsruher Parteitag in den Gliederungen aufzugreifen und eine intensive Diskussion über Zukunftsfragen in Gang zu setzen. Nach meinen Vorstellungen sollten wir unsere Positionen auf einem Parteitag rechtzeitig vor dem Wahlgang 1998 bündeln und klare, zukunftsweisende Beschlüsse fassen, die dann Grundlage unseres Regierungsprogramms für die nächste Legislaturperiode werden

IV. Wenn wir zur Bundestagswahl 1998 mit dem Anspruch antreten, auch nach der Jahrhundertwende die führende politische Kraft in Deutschland zu sein, dann setzt das nicht nur schlüssige Antworten auf die großen Zukunftsfragen voraus. Der Erfolg wird auch wesentlich davon abhängen, daß wir uns als lebendige, aufgeschlossene und gesprächsbereite Partei dem Wähler präsentieren. Die Reform unserer Parteiarbeit ist und bleibt daher ständige Aufgabe.

Wir haben in Karlsruhe eine Reihe von Satzungsänderungen beschlossen, die uns helfen, in unserer politischen Arbeit attraktiver zu werden. Es kommt jetzt darauf an, die neuen satzungsrechtlichen Möglichkeiten auch tatsächlich überall umzusetzen:

● **Mit der Einführung der „Gastmitgliedschaft“** haben wir ein weiteres Instrument, uns zugeneigte Mitbürgerinnen und Mitbürger für die CDU zu gewinnen. Jetzt gilt es, unsere Mitglieder-

werbung entsprechend umzustellen und zu intensivieren.

- **Die Beschränkung der Zahl der Vorstandsämter** in der Partei wird dazu beitragen, daß künftig politische Verantwortung von mehr Mitgliedern als bisher wahrgenommen wird. Darin liegt eine erhebliche Chance: Die CDU präsentiert sich pluraler; die Partei wird stärker als „Team“ erlebt.
- **Das Frauenquorum** hatte auf dem Karlsruher Parteitag bereits eine politische Mehrheit. Nur die besonders hohe Hürde, die aus gutem Grund bei einer Satzungsänderung zu bewältigen ist, hat das Projekt an lediglich fünf Stimmen scheitern lassen. Ich bin fest davon überzeugt, daß das Frauenquorum für eine gerechte Besetzung von Ämtern und Mandaten eine unverzichtbare Hilfe ist, weil wir es mit Appellen und Grundsatzbeschlüssen alleine nicht geschafft haben. Wir haben jetzt die Chance, noch intensiver Überzeugungsarbeit in den eigenen Reihen zu leisten und bis zum nächsten Parteitag auf ein Abstimmungsergebnis hinzuwirken, das an Eindeutigkeit nichts zu wünschen übrig läßt.

Über die Attraktivität einer Partei entscheidet auch, ob und wie weit moderne Formen der Kommunikation in der politischen Arbeit eingesetzt werden. Unter den deutschen – ja, sogar unter den europäischen – Parteien nehmen wir in dieser Hinsicht eine Spitzenstellung ein. Unser parteiinternes Kommunikations-System „KomSys“, unsere Angebote in T-Online und im Internet, unsere Disketten-Produktionen und nicht zuletzt die bereits innerhalb weniger Wochen in erster Auflage vergriffene CD-ROM zur fünfzigjährigen Geschichte der CDU beweisen ein modernes Niveau. Wenn man bedenkt, daß im zurückliegenden Bundestagswahlkampf mehr elektronische Bürgerpost bei der

Bundesgeschäftsstelle einging als Briefpost, dann zeigt das deutlich, vor welchem tiefgreifendem Wandel auch die politische Kommunikation steht.

Ich kann allen Gliederungen der Partei nur dringend empfehlen, sich mit diesen neuen Entwicklungen intensiv zu befassen und diese schrittweise, aber beharrlich in der politischen Arbeit einzusetzen. Jeder von uns erfährt doch immer wieder, wie schwer es ist, die Vielzahl komplexer Sachverhalte zu überblicken und sich gegebenenfalls rasch und ohne Aufwand notwendige Informationen zu beschaffen. Zur computergestützten Informationsver-

Über die Attraktivität einer Partei entscheidet auch, ob und wie weit moderne Formen der Kommunikation in der politischen Arbeit eingesetzt werden.

waltung und Informationsbeschaffung wird es bereits in absehbarer Zeit keine vernünftige Alternative mehr geben.

Im Hinblick auf die Bundestagswahl 1998 sollte jede Gliederung das bevorstehende Jahr dazu nutzen, die eigene Ausstattung mit moderner Kommunikationstechnologie sowie den Schulungsstand der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu überprüfen.

Liebe Freunde, politische Arbeit besteht nicht nur aus Programmatik, Diskussionen und parlamentarischen Entscheidungen; unsere Arbeit hat auch eine sehr nüchterne Seite: sie muß finanziert werden. Aus verschiedenen Gründen, nicht zuletzt durch die gesetzliche Neuordnung der Parteienfinanzierung, stehen alle Haushalte in der Partei vor erheblichen Herausforderungen. Auf allen Ebenen muß sehr sorgfältig geprüft werden, was künftig noch finanziert

werden kann und wo bisher selbstverständliche Aufgaben nicht mehr zu leisten sind. Ich bitte alle Verantwortlichen dringend, auf ausgeglichene, der jeweiligen finanziellen Leistungskraft angemessene Haushalte zu achten.

Wir sollten die gegebene Lage aber auch dazu nutzen, die Situation der Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen gründlich zu prüfen. Am Prinzip der individuellen Selbsteinschätzung sollten wir auf jeden Fall festhalten. Aber was spricht dagegen, Mitglieder freundlich anzusprechen, die vor 15 oder 20 Jahren durchaus zutreffend für sich einen monatlichen Beitrag von 8,- DM festgelegt hatten und seitdem ihren Mitgliedsbeitrag der Automatik des Einzugsverfahrens überlassen haben? Was spricht dagegen, die in vielen Gliederungen mittelfristig wahlkampffreie Zeit zu einer intensiven Mitgliederwerbung zu nutzen?

V. Nach den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein am 24. März folgt eine lange wahlkampffreie Zeit. Erst am 19. September 1997 steht mit der Hamburger Bürgerschaftswahl wieder eine Landtagswahl an. Angesichts dieser Terminlage ist es offensichtlich, daß zwischen Frühjahr 1996 und Sommer 1997 der Gesetzgeber die Chance nutzen muß, wesentliche Regierungsvorhaben umzusetzen. 1996 wird ein Jahr der Entscheidungen.

Die CDU wird bei allem Veränderungsbedarf immer Augenmaß für das Mögliche und Entschlossenheit für das Nötige zeigen. Wir werden uns dabei auch in der Frage der sozialen Sensibilität von niemandem übertreffen lassen. Alle großen Sozialgesetze in Deutschland wurden von der Union entwickelt und durchgesetzt. Auch der behutsame Umbau des Sozialstaates ist bei uns in den richtigen Händen. Norbert Blüm vertritt hier einen Kurs, der unser aller Unterstützung verdient. ■

Dem europapolitischen Vermächtnis Mitterrands verpflichtet

Zum Tode des ehemaligen französischen Staatspräsidenten François Mitterrand erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Mit dem Tod von François Mitterrand verliert unser Land einen wichtigen Freund und die Europäische Union einen ihrer herausragenden Architekten. Sein Ableben erfüllt uns mit Trauer.

Aus eigener bitterer Erfahrung von Unfreiheit, Krieg und Nationalismus ist François Mitterrand zu einem überzeugenden Anwalt von Freiheit in Verantwortung sowie der europäischen Einigung geworden.

Als Befürwortung einer vernunftbetonten und verantwortungsvollen Friedenspolitik bleibt seine Rede am 20. Januar 1983 vor dem Deutschen Bundestag unvergessen. Seine Solidarität mit der Atlantischen Allianz in jenem kritischen Jahr war wesentlich für die Standhaftigkeit des Westens gegenüber der Hochrüstungspolitik der Sowjetunion. Die NATO-Nachrüstung im Bereich der Mittelstreckenraketen war, wie Michail Gorbatschow häufig ausführte, entscheidend für ein Umdenken in der sowjetischen Außenpolitik und damit für die Befreiung Mittel- und Osteuropas und für die Deutsche Einheit.

Die deutsch-französische Freundschaft war das Herzstück der Außenpolitik von Präsident Mitterrand. Im September 1984 reichte er Bundeskanzler Helmut Kohl über den Gräbern von Verdun die Hand zur Versöhnung. Mit seiner Rede am 50. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs am 8. Mai 1995 in Berlin krönte er seinen Beitrag zur Versöhnung der Völker

Europas. Nichts symbolisierte den Wandel im Nachkriegseuropa aber mehr als François Mitterrands Einladung an das Eurokorps, an der traditionellen Parade zum französischen Nationalfeiertag am 14. Juli 1994 teilzunehmen: Deutsche Truppen verteidigen Seite an Seite mit ihren europäischen Kameraden die Werte der freiheitlichen Demokratie.

Unter François Mitterrand waren die deutsch-französischen Beziehungen für die europäische Einigung wegweisend. Die Einrichtung des Deutsch-Französischen Sicherheitsrats sowie des Wirtschafts- und Währungsrats im Jahre 1988 fanden ihr europäisches Pendant in der Gründung der Europäischen Union nach den Bestimmungen des Maastrichter Vertrags, mit dem der Name François Mitterrand für immer untrennbar verbunden bleibt. Auch die zusammen mit Bundeskanzler Helmut Kohl ergriffene Initiative zur Gründung einer Deutsch-Französischen Brigade 1988 und des Deutsch-Französischen Korps 1991 führten dazu, daß Europa heute mit dem Europäischen Korps, an dem sich bisher fünf Nationen beteiligen, über den Grundbaustein einer europäischen Armee verfügt.

Noch ist die europäische Einigung nicht vollendet. Daher fühlt sich die CDU dem europapolitischen Vermächtnis dieses großen Franzosen und Europäers verpflichtet. Mit Respekt nimmt die CDU Deutschlands Abschied von einer großen Persönlichkeit dieses Jahrhunderts, die sich um die deutsch-französische Freundschaft und die europäische Einigung verdient gemacht hat. ■

Helmut Kohl: Europa hat einen großen Staatsmann verloren

Erklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl zum Tod des früheren französischen Staatspräsidenten François Mitterrand:

Mit großer Bestürzung habe ich vom Tod des früheren französischen Staatspräsidenten Francois Mitterrand erfahren. Europa hat mit François Mitterrand einen großen Staatsmann verloren. Ich trauere um einen guten Freund. Über lange Jahre hinweg haben wir eng und vertrauensvoll bei der Gestaltung Europas und bei der Vertie-

fung der deutsch-französischen Freundschaft zusammengearbeitet. François Mitterrand war ein großer Patriot und Europäer. Seine politische Vision vom vereinten Europa wird uns auch künftig Vermächtnis und Ansporn sein.

Die Bundesregierung und das deutsche Volk nehmen in Trauer Abschied von François Mitterrand. Unser herzliches Mitgefühl gelten seiner Frau Danielle, seiner Familie und dem ganzen französischen Volk.

Wolfgang Schäuble: Wir alle haben einen großen Europäer verloren

In François Mitterrand hat die französische Nation einen Patrioten und Staatsmann, wir alle einen großen Europäer verloren. Die europäische Einigung verdankt ihm Entscheidendes.

Seit fast einem halben Jahrhundert hat er die französische Politik mitgeprägt. Als erster Präsident hat er eine zweite Amtszeit im Elysée vollendet.

Den deutsch-französischen Beziehungen hat François Mitterrand durch sein persönliches Engagement und in enger Zusammenarbeit mit Helmut Kohl entscheidende Anstöße gegeben und das von Charles de Gaulle und Konrad Adenauer Begonnene zukunftsweisend weiterentwickelt.

Die Haltung und Tapferkeit, mit der er die unaufhaltsam fortschreitende Krankheit ertrug, sind beispielhaft und bewundernswert. Bis zum letzten Tag

der Amtszeit erfüllte er seine Pflichten als Präsident der Republik. Staat, Nation und Europa gingen ihm in seinem Leben stets vor gegenüber persönlichen Erwägungen. Ohne ihn wäre Europa nicht so weit, wie es heute ist. Sein Platz in der Geschichte ist ihm gewiß.

Uns Deutschen bleiben die Worte der Versöhnung unvergeßlich, mit denen im vergangenen Jahr der scheidende Präsident beim Staatsakt in Berlin zum 50. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs seine Rede beschloß. Sie sind uns Vermächtnis und Verpflichtung zugleich: „Europa bauen wir auf, wir lieben unsere Vaterländer. Bleiben wir uns selbst treu. Verbinden wir die Vergangenheit mit der Zukunft, dann können wir ruhigen Gewissens den Stab denen übergeben, die uns nachfolgen werden.“

Was Sie über Lafontaines

Wunschpartner wissen sollten:

Wußten Sie, daß

● der Ehrenvorsitzende der PDS, Hans Modrow, von einem Gericht der Wahlfälschung schuldig gesprochen wurde?

● die stellvertretende PDS-Bundesvorsitzende, Angela Marquardt, den Einsatz von politischer Gewalt als Mittel der Politik nicht ausschließt?

„Das Resümee dieser Konferenz (‚Widerstandskongreß’) ... ist die simple Feststellung, daß in dieser Gesellschaft Widerstand, in welcher Form auch immer, dringend notwendig ist. Hinter dem Slogan ‚ob friedlich oder militant – wichtig ist der Widerstand’ gibt es für mich kein Fragezeichen mehr. – Wer Gewaltfreiheit proklamiert, ist meiner Meinung nach blauäugig.“

● der stellvertretende PDS-Bundesvorsitzende, Wolfgang Gehrcke in der verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands aktiv war und die Sozialistische Arbeiterjugend gegründet hat?

● die PDS bei der Bundestagswahl 1994 für die Listenaufstellung im Westen auf zahlreiche DKP-Funktionäre zurückgriff? „Mindestens 40 Personen, die der DKP angehören bzw. in jüngerer Vergangenheit angehört, ... wurden von der PDS als Listenbewerber, als Direktkandidaten oder in beiden Funktionen aufgestellt.“ (Verfassungsschutzbericht, Bayern 1994. S. 67)

● der Chefideologe der PDS, André Brie, 1992 erst als stellvertretender Parteivorsitzender zurücktrat, nachdem seine 19jährige IM-Tätigkeit be-

Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Veranstaltung Nr. 14

Israel und der Nahe Osten – Auf dem Weg zu Normalität und Frieden?

Fachtagung für Lehrerinnen und
Lehrer

21.–23.1.1996

Veranstaltungsort:

Bildungszentrum Schloß Eichholz
Wesseling/Rheinland

Hauptthemen:

- Der israelisch-arabische Konflikt – Hintergründe, Stationen und Voraussetzung des Friedens
- Nach Ägypten und Jordanien: Sy-

rien und der Libanon – Letzte Hürden auf dem Weg zum Friedensschluß?

- Israel vor und nach dem Mord an Ministerpräsident Rabin
- Militärische Potentiale im Nahen Osten
- Deutschland und Israel: Begegnungen

Weitere Informationen/

Anmeldungen/Bestellungen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Bildungszentrum Schloß Eichholz
Postfach 1331 · 50387 Wesseling
Fax: 0 22 36/7 07-2 30

Die Geschichte hat ihn bestätigt

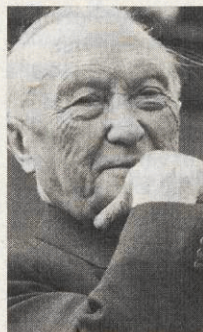
Seine Vision ist Realität geworden

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands gedenkt in Dankbarkeit des 120. Geburtstages von Konrad Adenauer. Seine Persönlichkeit und seine politischen Leistungen sind uns heute so gegenwärtig, wie es nur bei wahrhaft großen Staatsmännern der Fall ist.

Konrad Adenauer bleibt unvergessen: als erster Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, als Mitbegründer und erster Vorsitzender der CDU Deutschlands. Wie kaum ein anderer hat er in der schwierigen Zeit des Neuanfangs nach 1945 die Geschichte Deutschlands und auch die Geschichte des westlichen Teils Europas entscheidend geprägt.

Konrad Adenauers Name bleibt untrennbar mit seinen überragenden politischen Leistungen verbunden: dem Wiederaufbau Deutschlands nach dem totalen Zusammenbruch, der Festigung der jungen deutschen Demokratie und der Eingliederung der Bundesrepublik in das westliche Bündnis, der Verständigung mit Frankreich und dem Aufbau eines vereinten Europas.

Sein damals heftig angefeindeter Kurs der Westbindung Deutschlands – die Verankerung in die Wertegemeinschaft der freiheitlichen Demokratien – war eine der größten historischen Weichenstellungen in der neueren deutschen Geschichte. Nur



durch die feste Einbindung der Bundesrepublik in das westeuropäische und atlantische Sicherheitsbündnis haben wir das Vertrauen der Verbündeten gewinnen und Frieden und Freiheit bewahren können. Es war diese Politik Konrad Adenauers, die sich 1990 als historischer Grundstein für die deutsche Einheit erwies. Die geschichtliche Entwicklung hat ihn bestätigt.

Generalsekretär Peter Hintze zum 120. Geburtstag Konrad Adenauers am 5. Januar 1996

auers, die sich 1990 als historischer Grundstein für die deutsche Einheit erwies. Die geschichtliche Entwicklung hat ihn bestätigt.

Anlässlich seines Geburtstages gedenkt die Christlich Demokratische Union Deutschlands des Staatsmannes, der mit Weitblick und Entschlossenheit seine Visionen verfolgt hat. Konrad Adenauers Vision des ungeteilten Deutschlands ist inzwischen Realität geworden. Seine Vision eines vereinten Europas bleibt für uns Programm und Wegweiser an der Schwelle zum 21. Jahrhundert.



Walther Leisler Kiep ist 70 Jahre alt geworden

Bundeskanzler Helmut Kohl und die Bundesschatzmeisterin der CDU, Brigitte Baumeister, haben Walther Leisler Kiep herzlich gratuliert und für das neue Lebensjahr alles Gute, vor allem Gesundheit und persönliches Wohlergehen gewünscht. Der Parteivorsitzende verband seine guten Wünsche mit dem Dank an den langjährigen Bundesschatzmeister der CDU für dessen großen persönlichen Einsatz, mit dem er sich über viele Jahre hinweg für die gemeinsamen politischen Ziele der CDU eingesetzt hat.

Die Bundesregierung hat ein immenses Arbeitspensum erledigt

Die Koalition der Mitte brachte bereits im ersten Jahr nach der gewonnenen Bundestagswahl zahlreiche zukunftsichernde Reformprojekte auf den Weg. Eine erste Bilanz der Regierungstätigkeit belegt: Wir sind kraftvoll gestartet – für einen Aufbruch in die Zukunft.

Unser größter Erfolg ist die Verwirklichung des Familienleistungsausgleiches und die Steuerfreistellung des Existenzminimums. Ab 1996 werden Familien um zusätzlich rd. 7 Mrd. DM und ab 1997 um

**Von Bundesminister
Friedrich Bohl,
Chef des Bundeskanzleramtes**

zusätzlich weitere rd. 4 Mrd. DM entlastet. Beim Kinderfreibetrag wird das volle Existenzminimum berücksichtigt. Zusammen mit der Abschaffung des Kohlepfennigs (8 Mrd. DM) werden die Bürger so im neuen Jahr in einem Gesamtvolumen von 27 Mrd. DM entlastet.

Mit dem Bundeshaushalt 1996 hat die Bundesregierung zudem ein deutliches Zeichen für die Rückführung der Steuer- und Abgabenbelastung gesetzt. Zum ersten Mal seit 1949 sind die Ausgaben des Bundes im Vergleich zum Vorjahr rückläufig. Deutschland wird auch 1996 die strengen Maastricht-Kriterien zur Nettoverschuldung und zum Schuldenstand erfüllen.

Aufgrund unserer soliden Wirtschaftspolitik insbesondere für den Mittelstand bleibt die deutsche Wirtschaft weiterhin auf Wachstumskurs. Wir haben guten Grund anzunehmen, daß wir im nächsten Jahr ein reales Wirtschaftswachstum von 2 Prozent

haben werden. Die Zinsen in Deutschland sind mittlerweile niedriger als in fast allen anderen Industriestaaten Europas.

Besonders wichtig ist:

Wir haben Preisstabilität. Unsere Inflationsrate – sofern man überhaupt bei diesen Größenordnungen von Inflation sprechen kann – lag für ganz Deutschland im November 1995 nur noch bei 1,7 Prozent.

In dieser Legislaturperiode (seit 10. 11. 1994) hielt die Bundesregierung bisher 38 Kabinettsitzungen ab, in denen Beschlüsse über insgesamt 468 schriftliche Vorlagen gefaßt wurden. Hinzu kommt noch eine erhebliche Zahl von Entscheidungen des Kabinetts aufgrund mündlicher Vorträge.

Die Bundesregierung hat folgende wichtige Berichte und Anträge verabschiedet:

Jahreswirtschaftsbericht, 15. Subventionsbericht, Jahresabrüstungsbericht, Agrarbericht, Waldzustandsbericht, Tierschutzbericht, Vorschläge der Schlichter-Kommission zur Vereinfachung des Planungs- und

Erfolgreiche

Leistungsbilanz der

Bundesregierung

Genehmigungsrechts, Anwendung des Subsidiaritätsprinzips in der EG, Bericht über Entwicklung der Konvergenzen in der Europäischen Union, Berichte zur Verbesserung der Schiffssicherheit und Gefahrguttransporte auf See, Bericht über Vorsorgemaßnahmen für den Hochwasser-

schutz, Unterbringungskonzept der Bundesregierung in Berlin sowie in Bonn. Lehrstelleninitiative des Bundes 1995 sowie Anträge der Bundesregierung zum

Zahlen und Fakten nach dem ersten Jahr der 13. Legislaturperiode

Bosnien-Einsatz der Bundeswehr im Juni und November 1995.

Außerdem hat die Bundesregierung u. a. folgende wichtige Verordnungen beschlossen: BSE-Verordnung, Bundespflegesatzverordnung, Flächenerwerbsverordnung, Fernmeldeüberwachungsverordnung, Verordnung über den Sitz des europäischen Währungsinstituts in Frankfurt, Post- und Telekommunikationsschutzverordnungen.

In der 13. Legislaturperiode sind bisher 61 Große Anfragen (Stand: 20. 12. 1995) ein-

gebracht worden, von denen 32 inzwischen beantwortet wurden. 745 Kleine Anfragen (Stand: 20. 12. 1995) gingen bisher ein, von denen bereits 686 beantwortet sind. Das Arbeitsaufkommen ist in diesem Zusammenhang nach einem Jahr bereits größer als im Durchschnitt einer ganzen früheren Legislaturperiode. Außerdem hat die Bundesregierung über 5.000 Einzelfragen von Bundestagsabgeordneten schriftlich oder in den Fragestunden des Deutschen Bundestages mündlich beantwortet.

Ohne engagierte Zuarbeit nicht möglich

Die Bundesregierung hat damit ein immenses Arbeitspensum erledigt. Dies wäre vor allem ohne die engagierte Zuarbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bundesministerien nicht möglich gewesen.

Telekom soll Privatkundenrabatte noch im Sommer einführen

Der postpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Elmar Müller, erklärte:

Das Angebot der Deutschen Telekom AG, einen Privatkundenrabatt nach dem Vorbild des „friends- and family-Tarifs“ in den USA für bestimmte, häufig gewählte Verbindungen erst Ende des Jahres 1996 einzuführen, erscheint im Hinblick auf die zu erwartenden Verteuerungen während der Haupttelefonzeiten, insbesondere im Orstnetzbereich, nicht akzeptabel, da hiervon insbesondere ältere und an die Wohnung gebundene Menschen, aber auch Nutzer von Online-Diensten besonders betroffen sein werden.

Die Telekom möchte für den Bereich Großkunden das gerade in Kraft getretene Tarifkonzept mit einem Rabattsystem nachbessern. Ursache dafür sind die inzwischen von vielen Firmen genutzten legalen Möglichkeiten der Auslandsvermittlung sowie alternativer Dienstanbieter ab Mitte diesen Jahres.

Änderung notwendig

Wir halten diese Veränderung im Tarif für notwendig, um Geschäftskunden stärker an das Unternehmen zu binden. Da der Privatkunde im Ortsnetz keine Vermittlungsalternative hat, wollen wir, daß die Telekom mit den Großkundenrabatten gleichzeitig Rabatte für Privatkunden einräumt.

Bundesbauminister Klaus Töpfer:

Sozialklausel schützt Mieter

Wegen der bei vielen Mietern in den neuen Ländern entstandenen Beunruhigung aufgrund des ausgelaufenen Sonderkündigungsschutzes, hat Bundesbauminister Klaus Töpfer nochmals darauf hingewiesen, daß das ab 1. Januar 1996 für alle Mieter im gesamten Bundesgebiet geltende Recht einen umfangreichen Mieterschutz bietet.

Dies gelte auch für die 11.100 Einwohner der brandenburgischen Gemeinde „Kleinmachnow“, wo sich fast die Hälfte der Bürger von einer Kündigung bedroht fühle.

Töpfer stellte klar: Zwar brauche der Vermieter eines von ihm selbst mitbewohnten Ein- oder Zweifamilienhauses im Falle der Kündigung sein berechtigtes Interesse (Eigenbedarf) nicht besonders darzulegen.

Aber auch in diesen Fällen könne sich der betroffene Mieter auf die Sozialklausel berufen. Dies bedeute, daß der Mieter selbst dann, wenn dem Vermieter ein wirksamer Kündigungsgrund zur Seite stehe, der Kündigung widersprechen und die Fortsetzung des Mietverhältnisses verlangen könne, vorausgesetzt die Kündigung stelle für ihn oder seine Familie eine besondere Härte dar. Als solche Härten kämen insbesondere Alter, Krankheit oder Schwerbehinderung in Betracht. Auch wenn angemessener Ersatzwohnraum zu zumutbaren Bedingungen nicht beschafft werden könne, greift die Sozialklausel.

Überdies müßten, so der Minister weiter, die vorgeschriebenen Kündigungsfristen eingehalten werden. So betrage die Kündigungsfrist bei Altverträgen, d. h. Mietverträgen aus der Zeit vor der Wende, mindestens sechs Monate. Diese Frist erhöhe

sich auf zwölf Monate bei einer Dauer des Mietverhältnisses von mehr als zehn Jahren. In der Mehrzahl der Mietverhältnisse aus der Zeit vor der Wende werde eine Kündigung deshalb erst zum Ende des Jahres 1996 möglich sein.

Darüber hinaus gelte für Fälle, in denen der Eigentümer das Haus selbst noch nicht bewohne, wie auch im Falle restitutionsbehafteter Wohnhäuser die Regel, daß Gründe für die Kündigung vorliegen und dem Mieter konkret mitgeteilt werden müssen. Danach genüge es z. B. nicht, sich auf Eigenbedarf zu berufen – vielmehr müsse dem Mieter in nachvollziehbarer Weise dargelegt werden, für welche Person Eigenbedarf im Einzelfall geltend gemacht wird.

Der Minister sagte weiter, bei den Altverträgen sei eine Kündigung zur besseren wirtschaftlichen Verwertung des Mietobjektes ohnehin auf Dauer ausgeschlossen. Ein Eigentümer bzw. Alteigentümer könne demnach nicht kündigen, um das Haus abzureißen oder günstiger verkaufen zu können.

Der Minister betonte, vor diesem Hintergrund sei sicherlich auch in „Kleinmachnow“ nicht jede ausgesprochene oder drohende Kündigung eine tatsächlich durchsetzbare Kündigung.

Töpfer richtete deshalb auch an die Vermieter ein klares Wort: Unzureichend begründete und damit letztlich nicht durchsetzbare Kündigungen lösten bei den Mietern unnötige Verunsicherung und Ängste aus. Auch die Vermieter hätten insofern eine große Verantwortung ihren Mietern gegenüber. ■

Schlechtwettergeld-Nachfolgeregelung

Gerechte Lastenverteilung

Zur abschließenden Beratung der Schlechtwettergeld-Nachfolgeregelung Mitte Dezember durch den Bundesrat, die damit pünktlich zum 1. Januar 1996 in Kraft treten konnte, erklärte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm:

Ende gut, alles gut. Die Schlechtwettergeld-Nachfolgeregelung für den Baubereich steht. Die Beteiligten am Bau sichern selbst die ersten 20 Schlechtwettertage im Jahr ab, die Bundesanstalt für Arbeit die darüber hinausgehenden Tage. Das ist eine Lastenverteilung nach dem Muster: Für den Normalfall sind die Beteiligten zuständig, für die Ausnahme, die über die Kraft der Beteiligten geht, stehen die Solidarkassen ein.

Die Arbeitslosenversicherung spart auf diesem Wege jahresdurchschnittlich 600 Mio. DM. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Entlastung der Sozialkassen und ein handfestes Beispiel für Sozialumbau.

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände darf den Baubereich jetzt nicht im Stich lassen. Wir erwarten, daß sie sich einer Allgemeinverbindlichkeitsregelung der Bautarife nicht versperrt, damit die geplante Arbeitnehmer-Entsenderegelung wirksam werden kann. Gerade die Sozialpartner im Baubereich haben vorbildliche Beiträge zur Entlastung der öffentlichen Kassen geliefert, indem sie das Schlechtwettergeld jetzt weitgehend selbst bezahlen.

Die wichtigsten Eckpunkte des „Zweiten Gesetzes zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes im Bereich des Baugewerbes (Schlechtwettergeld-Nachfolgeregelung“:

● Winterausfallgeld

Die bisherige Schlechtwettergeldregelung für Bauarbeiter läuft zum 31. Dezember 1995 aus. Die Bundesanstalt für Arbeit (Arbeitsamt) zahlt vom 1. Januar 1996 an für witterungsbedingte Arbeitsausfälle in der Schlechtwetterzeit ab der 151. Ausfallstunde (in der Regel ab dem 21. Tag) das Winterausfallgeld. Voraussetzung ist u. a., daß das Verbot witterungsbedingter Kündigung weiterbesteht und daß ein für die ersten 150 Ausfallstunden durch Tarifvertrag, Betriebsvereinbarung oder Arbeitsvertrag geregelter Anspruch des Bauarbeiters auf Leistungen erschöpft ist, die das Arbeitsentgelt in angemessener Höhe ersetzen (Winterausfallgeld-Vorausleistung). Das Winterausfallgeld beträgt – wie das bisherige Schlechtwettergeld und das Kurzarbeitergeld – 67 bzw. 60 Prozent des ausgefallenen Nettoarbeitsentgelts. Gesetzliche Schlechtwetterzeit ist die Zeit vom 1. Januar bis 31. März und vom 1. November bis 31. Dezember.

● Wintergeld

Bauarbeiter erhalten für geleistete Arbeitsstunden innerhalb der tariflichen Arbeitszeit zwischen dem 15. Dezember und dem letzten Kalendertag des Monats Februar (Förderungszeit) je zwei DM Wintergeld zum Ausgleich für witterungsbedingte Erschwernisse.

Wintergeld in Höhe von zwei DM wird auch für die in der Schlechtwetterzeit ausgefallenen Arbeitsstunden als Zuschuß zu der Winterausfallgeld-Vorausleistung gewährt. Es soll den Einkommensverlust der Bauarbeiter bei witterungsbedingten Arbeitsausfällen mindern. ■

Leistung stärken – Mobilität fördern

Kabinett beschließt Dienstrechtsreformgesetz

Unser Land muß seine Kräfte konzentrieren, damit wir die Zukunft sichern können. Wir brauchen auch in Zeiten knapper Finanzen eine funktionstüchtige Verwaltung. Ihre Strukturen stehen auf dem Prüfstand der Effizienz und Finanzierbarkeit.

Wir müssen den Veränderungsbedarf erkennen und entschlossen anpacken. Die Reform des öffentlichen Dienstes ist daher eine zentrale politische Aufgabe der kommenden Jahre und ein wichtiger Baustein auf dem Weg zum „Schlanken Staat“. Angesichts des Umfangs der Staatstätigkeit und der Abgabenlast der Bürger muß sich der Staat in Zukunft stärker auf seine eigentlichen Aufgaben beschränken, die nur durch ihn und nicht auch durch private Dienstleistungsbetriebe geleistet oder wahrgenommen werden können.

Das Berufsbeamtentum ist und bleibt Grundlage

Die Bundesregierung hat dieses große Reformwerk entschlossen angepackt und am 13. Dezember 1995 den Entwurf eines Gesetzes zur Reform des öffentlichen

Dienstrechts beschlossen. Ausgangspunkt dabei ist: Die Bundesregierung hält fest am verfassungsmäßigen Auftrag des Berufsbeamtentums. Das Berufsbeamtentum bildet eine der grundlegenden Voraussetzungen dafür, daß der Staat jederzeit und uneingeschränkt die Erfüllung der wesentlichen öffentlichen Aufgaben, orientiert am Gemeinwohl, garantieren kann. Erforderlich ist aber auf der Grundlage der

Von Bundesinnenminister Manfred Kanther

bewährten Verfassungsnormen über den öffentlichen Dienst eine zeitgemäße Weiterentwicklung des öffentlichen Dienstrechts, die das Effizienzbewußtsein der öffentlichen Verwaltung steigert und den leistungsorientierten Personaleinsatz verbessert. Wir wollen Leistung stärken und Mobilität fördern. Wichtig dabei sind folgende Neuregelungen:

Künftig soll die Bezahlung und Beförderung der Beamten mehr nach Leistung als nach Dienstjahren bemessen werden. Kernstück der Reform ist die Besoldungsstruktur für Beamte. Das bietet jüngeren

Kommentar

Vorzügliche Arbeit für das Gemeinwohl

Die neueste Mode, die unser Land heimsucht, heißt: Hackt auf den Beamten rum! Sie tun für ihr Geld zuwenig. Sie könnten für ihr Alter selber sorgen. Und die Gehälter kann man ihnen auch gleich kürzen . . .

Doch die überwiegende Zahl der Beamten sind kleine Leute. Sie verdienen sich mit ihren Familien so recht und schlecht durchs Leben.

Und sie leisten, trotz mancher Fehler (die wir alle machen), vorzügliche Arbeit fürs Gemeinwohl.

aus: BILD vom 9. Januar

leistungsstarken Beamten einen rascheren Aufstieg, anderen hingegen, die weniger leisten, ein längeres Verbleiben in der Besoldungsstufe. Vorgesehen sind auch einmalige Leistungsprämien und Leistungszulagen. Damit können herausragende Leistungen zeitnah honoriert werden.

Mobilität stärken

Die Mobilität wird durch Neuregelung für Abordnung und Versetzung sowie durch verstärkte Ermöglichung von Teilzeitschäftigung gestärkt. Mit der Verstärkung des Leistungsgedankens, der Verbesserung von Mobilität und Intensivierung von Führungskraft sollen moderne Maßstäbe gesetzt werden, um der öffentlichen Verwaltung auch in Zukunft die notwendige Leistungskraft zu erhalten.

Wichtig sind auch die Verbesserungen für Familien: Durch die Neugestaltung der Gehaltstabelle steigt das Einkommen in früheren Berufsjahren rascher und stärker. Der Ortszuschlag wird in einen Familienzuschlag umgestaltet. Die Besoldung kinderreicher Beamtenfamilien wird verbessert.

Die notwendige Fortentwicklung des öffentlichen Dienstrechts berührt elementare Interessen aller Dienstherren. Die angestrebten Maßnahmen sind mit den Koalitionsfraktionen, einer Arbeitsgruppe der Ministerpräsidentenkonferenz und den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes intensiv erörtert worden.

Zügige Beratung jetzt auch im Bundesrat erwartet

Die Konferenz der Ministerpräsidenten hat im Oktober diesen Jahres den Vorschlägen überwiegend zugestimmt. Die Bundesregierung erwartet deshalb eine zügige Beratung auch im Bundesrat; dies gilt auch deshalb, weil die Maßnahmen zur Verringerung der Frühpensionie-

„Schlanker Staat“ und „schwarze Zahlen“

Als „absurd und völlig falsch“ hat Bundesinnenminister Manfred Kanther die Forderung des hessischen Ministerpräsidenten Hans Eichel zurückgewiesen, im Falle einer wirtschaftlichen Verschlechterung die Beamtgehälter zu kürzen.

Davon unberührt bleibe aber die Notwendigkeit, Fett, das angesetzt habe, abzubauen, erklärte **Manfred Kanther auf der Arbeitstagung des Deutschen Beamtenbundes (DBB) in Bad Kissingen**. Die Personaldecke im öffentlichen Dienst sei im ganzen überreichlich, und wer „schwarze Zahlen“ auch im Staatsdienst wolle, müsse sich für einen „schlanken Staat“ stark machen. Er werde deshalb an der geplanten Reform des öffentlichen Dienstrechts festhalten.

Die der Gesetzentwurf enthält, insbesondere im Interesse der Länder liegen. Grundlegende Fragen der Versorgung im öffentlichen Dienstrecht werden nach Vorlage des in Arbeit befindlichen Versorgungsberichtes im Jahre 1996 mit den Ländern weitererörtert.

Der im Dezember beschlossene Gesetzentwurf soll dazu beitragen, die Innovation der öffentlichen Verwaltung in Deutschland wirksam zu fördern und ihre Leistungsfähigkeit für die Zukunft zu stärken und zu sichern. Dabei halten wir an den bewährten Grundstrukturen des Berufsbeamtentums fest, denn sie bilden grundlegende Voraussetzungen dafür, daß der Staat jederzeit und uneingeschränkt die Erfüllung der wesentlichen öffentlichen Aufgaben orientiert am Gemeinwohl garantieren kann. ■

Reform bei knappen Kassen

Die Lage an Deutschlands Hochschulen stellt unsere Bildungs- und Forschungspolitik vor große Herausforderungen. Auf den 970.000 Studienplätzen an deutschen Hochschulen studieren zur Zeit ca. 1,9 Millionen Studenten. Die Zahl des wissenschaftlichen Personals ist in den alten Ländern in den vergangenen Jahren um ca. 11 Prozent gestiegen, die der Studienanfänger um 75 Prozent! Die durchschnittlichen Studienzeiten betragen heute ca. 7 Jahre an den Universitäten und mehr als 4 Jahre an den Fachhochschulen. In den neuen Ländern stehen notwendige Instandsetzungs- und Sanierungsmaßnahmen weiter an.

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulausbildung in Deutschland muß dringend gesteigert werden. Die Nutzung neuer Technologien als Lehr- und Lernmittel muß endlich auf einen Stand gebracht werden, den eine zukunftsorientierte Ausbildung braucht. Die CDU hat dazu in ihrem Bildungspolitischen Programm umfangreiche Maßnahmen vorgeschlagen, die zum Teil Eingang in das Eckwerte-Papier von Bund und Ländern über die notwendigen Maßnahmen zur Verbesserung der Lage an den deutschen Hochschulen gefunden haben. Bundesminister Jürgen Rüttgers hat vor diesem Hintergrund Vorschläge für die Stärkung der Hochschulausbildung unterbreitet. Sie werden allgemein als richtige Rezeptur anerkannt:

- Aufstockung der Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau,
- Schaffung finanzieller Spielräume für

eine Revision der Hochschulsonderprogramme,

- Einrichtung neuer, international ausgerichteter Studiengänge,
- breiter Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien und nicht zuletzt
- Anhebung der BAföG-Leistungen.

Die notwendige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und die Senkung der Staatsquote erlauben jedoch keine weiter fortschreitende Ausgabensteige-

Handreichung für die Partei

zur aktuellen Diskussion

über die

Neugestaltung des BAföG

rung. Die CDU-geführte Bundesregierung hat bereits in den vergangenen Jahren mit erheblichem Mitteleinsatz zur Bewältigung der Überlast an den Hochschulen beigetragen. Betragen 1990 die Ausgaben des Bundes für die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau 1,1 Milliarden DM, so wurden diese Ausgaben bis zum Jahr 1995 auf 1,8 Milliarden DM jährlich gesteigert. Im Haushaltsentwurf für das Jahr 1996 ist eine weitere Steigerung dieser Mittel um 80 Millionen DM vorgesehen. Mit drei Hochschulsonderprogrammen stellt der Bund zusätzliche 5,3 Milliarden DM zur Verfügung.

Im Bereich vieler Länder ist es in der Vergangenheit bereits zu drastischen Kürzungen im Hochschulbereich gekommen.

- An den niedersächsischen Universitäten werden 1.116 Stellen abgebaut.

Die Fördermittel für Forschung und Lehre werden abgebaut und der Hochschuletat wird gekürzt. Die Uni Hildesheim wird praktisch demontiert, für die Lehrerausbildung fehlen 300 Stellen, die Sonderschulförderung ist gänzlich eingestellt.

- In Hamburg wird in den nächsten Jahren jeder fünfte Studienplatz verlorengehen.
- In Hessen sollen 450 Hochschulstellen abgebaut werden. Darüber hinaus sollen die Studenten in Zukunft ihre Bücher selbst kaufen und, wer Chemie studiert, ist mancherorts bereits dazu übergegangen, die Chemikalien für das Uni-Labor aus der eigenen Tasche zu bezahlen.
- Im Verantwortungsbereich von Heide Simonis ist heute von knapp tausend Professoren-Stellen fast jede siebte nicht besetzt.

Dies zeigt überdeutlich: Die großen Aufgaben, vor denen wir im Hochschulbereich stehen, können nicht durch weitere Ausgabensteigerungen bewältigt werden. Die dringend notwendigen Finanzierungsspielräume müssen durch die Setzung neuer Prioritäten gewonnen werden. Dieses Ziel verfolgen die von Bundesminister Jürgen Rüttgers vorge-

**Die Neuregelung der
Ausbildungsförderung ist
sozial verträglich und schafft
neue Spielräume**

legten Pläne einer BAföG-Strukturreform. Mit diesen Vorschlägen ist nicht nur Bewegung in eine seit Jahren festgefahrene Situation um die staatliche Ausbildungsförderung gekommen. Dies alleine wäre schon ein Erfolg. Die Vorschläge sehen vor, daß in den Jahren

1996 bis 1999 frei werdende Mittel in Höhe von 1,6 Milliarden DM vor allem den Hochschulen zugute kommen, Reformen beschleunigt werden, die Forschungsförderung verstetigt und eine weitere BAföG-Erhöhung ermöglicht werden soll. Darüber hinaus gewinnen die Länder zusätzlichen Handlungsspielraum in Höhe von ca. 1,2 Milliarden DM.

Die Grundstruktur der BAföG-Reform

BAföG-Mittel werden heute zur Hälfte als Zuschuß und als zinsloses Darlehen aus Haushaltsmitteln gewährt. In Zukunft soll der Darlehensanteil an der Förderung durch ein verzinsliches privatrechtliches Bankdarlehen ersetzt werden.

Der Student erhält auch weiterhin in einem Betrag monatlich Zuschuß und Darlehen ausgezahlt. Die Lage der Auszubildenden bleibt während der Ausbildungs- und der anschließenden Karenzzeit faktisch unverändert. Die vorgesehenen Maßnahmen ermöglichen jedoch spürbare Leistungserhöhungen durch die Anhebung der Bedarfssätze und der Freibeträge um jeweils 6 Prozent.

In der Förderungszeit und in einer daran anschließenden vierjährigen Karenzzeit vor Beginn der Rückzahlung trägt der Staat die Zinsen des Bankdarlehens. Die BAföG-Empfänger haben damit erst von dem Zeitpunkt an Zinsen und Tilgung zu tragen, zu dem sie regelmäßig mit Hilfe der Ausbildungsförderung bereits eine gute berufliche Existenz gegründet haben. Die Kriterien für die Bestimmung des Zinssatzes werden gesetzlich festgelegt. Es ist dabei mit einer durchschnittlichen Zinsbelastung von rund 8,5 Prozent zu rechnen. Die Kosten für die im Gesetz

vorgesehenen Erlasse und Ausfälle des Darlehens trägt der Staat bis zum Ende des vierten Jahres nach Beginn der Rückzahlung, in sozialen Härtefällen auch darüber hinaus.

Für die CDU ist klar: Jeder, der kann und will, soll studieren können

Dies setzt allerdings eine vernünftige Ausgestaltung der Förderung voraus. Der jetzt vorgelegte Vorschlag für eine Reform der staatlichen Ausbildungsförderung sieht deshalb eine Anhebung des Förderbetrages von monatlich 990 auf 1.050 DM vor. Zusammen mit dem Kindergeld beläuft sich die Förderung nach dem von der CDU-geführten Bundesregierung vorgelegten Vorschlag auf insgesamt 1.270 DM, eine Höhe, die noch von keinem anderen Modell zur Ausbildungsförderung erreicht wurde. Außerdem sollen die Freibeträge von Einkommen ebenfalls 1996 um 6 Prozent angehoben werden. Dies ist eine konsequente Fortsetzung der Politik der CDU in dieser Legislaturperiode, deren erster Schritt das 17. BAföG-Änderungsgesetz war. Mit diesem Gesetz wurde erreicht, daß mehr Kinder aus Familien mit mittleren Einkommen Ausbildungsförderung erhielten und die Förderungssätze an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten herangeführt wurden. Im Ergebnis heißt das: Die BAföG-Empfänger stehen während des Studiums deutlich besser da. Ferner wird sich die Zahl der Geförderten von jetzt 24,5 Prozent auf über 30 Prozent der Studenten erhöhen.

Zu einem in sich stimmigen Ausbildungsförderungssystem gehören auch die Komponenten, die besonders gute Leistungen oder soziale Härtefälle berücksichtigen. Alle bisher im Bundesausbildungsförderungsgesetz veranker-

ten Instrumente, die für eine soziale Ausgestaltung der Rückzahlungsphase Sorge tragen sollen, bleiben daher auch beim Bank-Darlehen erhalten.

Kein Abschreckungseffekt

Die jetzt geplante Umstellung wird sich nicht nachteilig auf die wirtschaftliche Situation des Auszubildenden auswirken. Gründe, die einen Jugendlichen davon "abschrecken" sollten, seinen Studienwunsch in die Tat umzusetzen, sind nicht ersichtlich, da er erst von dem Zeitpunkt an, von dem er bereits eine berufliche Existenz gegründet hat, Zinsen und Tilgung zu tragen hat. Auch die Erfahrungen aus den Jahren 1983/84, als die BAföG-Förderung auf Volldarlehen und damit auf eine Belastung, die der durch die Verzinsung entspricht, umgestellt wurde, geben keine Anhaltspunkte dafür, daß die beabsichtigte Umstellung zu einem Abschreckungseffekt führen wird. Eine seinerzeit im Auftrag der Bundesregierung durchgeführte Umfrage ergab übereinstimmend, daß nur 4 Prozent aller Befragten damals als einen ihrer Gründe für die Entscheidung, kein Studium aufzunehmen, die Erwartung hoher Schulden durch BAföG-Darlehen nannte; nur 0,3 Prozent aller Befragten nannten ausschließlich diesen Grund.

Auch werden die frei werdenden Mittel nicht von den einkommensschwachen Studierenden aufgebracht. Die Rückzahlung erfolgt ja nicht durch BAföG-Empfänger, sondern durch ehemalige BAföG-Empfänger, die durch die staatlich geförderte Hochschulausbildung deutlich bessere Beschäftigungschancen und als ausgebildete Akademiker in aller Regel auch gute Verdienstmöglichkeiten haben.

Schuldenfalle nicht in Sicht

In der Förderungszeit und in einer vierjährigen Karenzzeit vor Beginn der Rückzahlung wird der Staat die Zinsen tragen. Damit fallen die Zinsen für den ehemals Geförderten erst ab Rückzahlungsbeginn an. Die Rückzahlungsraten werden sich bei der durchschnittlichen Förderung nicht erhöhen, lediglich die Rückzahlungszeit. Selbst bei einer 11-semesterigen Vollförderungszeit wird sich die monatliche Rate lediglich von 200 auf 299 DM steigern, für Fachhochschul-Absolventen von 200 auf 211 DM.

Alternativ-Vorschläge untauglich

Alle bis jetzt vorgelegten weiteren Modelle einer Ausbildungsförderung haben erhebliche Nachteile. Sie kranken daran, daß

- verfassungswidrige Änderungen der steuerlichen Behandlung von Familien vorgesehen werden,
- kinderreiche Familien benachteiligt werden,
- die Höhe der Ausbildungsförderung die Leistungen des Reformvorschlags der Bundesregierung nicht erreicht,
- milliarden schwere Defizite bis zu 18 Milliarden DM verursacht werden,
- die Absolventen der beruflichen Bildung in der Studienförderung ausgegrenzt werden.

Darüber hinaus bringt kein Alternativ-Vorschlag die zusätzlichen Finanzspielräume für die Hochschulen, die mit dem jetzt vorgelegten Modell der Bundesregierung gewonnen werden. Deshalb muß die Chance genutzt werden, diese Reform endlich auf den Weg zu bringen.

Der Titel des von Günter Rinsche und Gerd Langguth herausgegebenen Buches „Für Frieden in Freiheit“ steht für das politische Credo Manfred Wörners. Sein politisches Wirken war über viele Jahre richtungweisend für die deutsche und die transatlantische Außen- und Sicherheitspolitik.

Seine wichtigsten Reden und Aufsätze sind in dem vorliegenden Band zusammengefaßt. Mit dieser Zusammen-

MANFRED WÖRNER

FÜR
FRIEDEN
IN
FREIHEIT

Reden und Aufsätze



EDITION Q

stellen-
lung würdi-
gen die
Herausge-
ber die Rol-
le Manfred
Wörners in
Deutsch-
land, im
Bündnis
und in der
Welt. Bei
der Lektüre
des Bu-
ches wird
augenfällig:

Manfred Wörner hat der sicherheitspolitischen Diskussion innerhalb der Nordatlantischen Allianz die entscheidenden Impulse gegeben.

Mit dieser Dokumentation ehrt die Konrad-Adenauer-Stiftung Manfred Wörner, der seit 1968 bis zu seinem Tode ihrem Vorstand angehörte und als geschäftsführender Vorsitzender in der Zeit von 1968 bis 1972 der Stiftung wichtige Impulse gegeben hat.

Manfred Wörner: Für Frieden in Freiheit. Reden und Aufsätze. Herausgegeben von Günter Rinsche und Gerd Langguth. edition q: Berlin 1995, 38 Mark.

Ottfried Hennig:

Ein Team steht für die gute Zukunft Schleswig-Holsteins

Kompetenz, Solidität, Erfahrung, Zuverlässigkeit, Ideenreichtum und Landeskennntnis – diese Eigenschaften stehen für die Kernmannschaft der CDU Schleswig-Holstein, die der Landesvorsitzende der CDU und Spitzenkandidat für das Amt des Ministerpräsidenten, Ottfried Hennig, in Kiel vorgestellt hat.

Seine Mannschaft sei kein Schattenkabinett, sagte Hennig, sondern ein Team, das nach dem Regierungswechsel für Führungspositionen in Regierung, Parlament und Fraktion bereitstehe und sich jetzt in besonderer Weise im Wahlkampf engagieren werde.

Er halte wenig davon, sagte Hennig, schon feste Funktionszuweisungen vorzunehmen, noch bevor die Wählerinnen und Wähler entschieden haben. Es gehe vielmehr darum, ein breites Angebot von Mitgliedern und Nichtmitgliedern der CDU zu machen, die bereit seien, ihr Engagement und ihren Fachverstand für den Wechsel in Schleswig-Holstein einzusetzen, den das Land dringend brauche.

Funktionszuweisungen seien auch deshalb wenig sinnvoll, weil sich eine Ressortzuschneidung letztlich erst nach den Koalitionsgesprächen ergebe, die er mit der FDP führen werde. Darüber hinaus werde eine CDU-geführte Landesregierung zwei Ressorts weniger haben als das derzeitige Kabinett. „Wer sparen will, muß bei den Ministerien anfangen,“ sagte Ottfried Hennig.

In den letzten Tagen und Wochen sei immer deutlicher geworden, daß Schleswig-

Holstein am 24. März vor einer Richtungsentscheidung stehe. Es sei unzweifelhaft, daß der von Lafontaine verkündete Linksruck der SPD bei den Sozialdemokraten aus Schleswig-Holstein auf vollste Zustimmung gestoßen sei. Auch die Annäherung an die SED-Nachfolgepartei PDS werde von der Spitzenkandidatin der SPD mitgetragen und unterstützt. „Deshalb darf sich niemand etwas vormachen. Die SPD wird zum Teil aus eigener, innerer Überzeugung Positionen der ‚Grünen‘ mittragen, wenn es um den Machterhalt in Schleswig-Holstein geht.“ Das Verschleierungsprogramm der SPD, das vor allem nach links frei interpretierbar sei, und das Programm der Grünen würden in einer rot/grünen Koalition zu weiteren Belastungen der Wirtschaft, zum weiteren Export von Arbeitsplätzen und letztlich zur Abkoppelung Schleswig-Holsteins von den zukünftig zu erwartenden Verkehrsströmen und dem daraus entstehenden Wirtschaftswachstum führen. Deshalb gehe es, sagte Hennig, am 24. März um eine Koalition der Mitte und der Vernunft aus CDU und FDP oder um ein rot/grünes Bündnis mit ungewissem Ausgang.

„Mein Führungsteam, das ich Ihnen heute vorstelle, zeichnet sich dadurch aus, daß jedes Mitglied das Land und seine Probleme genauestens kennt. Aus der Kenntnis des Landes heraus sind wir bereit und in der Lage, sofort die politische Verantwortung zu übernehmen, wenn uns die Wählerinnen und Wähler am 24. März ihr Vertrauen geben“, sagte Ottfried Hennig.

Ein Team, in dem jeder Schleswig-Holstein gut kenne, sei natürlich auch seinerseits in Schleswig-Holstein schon bestens bekannt und habe einen guten Namen.

Er freue sich, sagte Ottfried Hennig, daß über die aktiven Landtags- und Bundestagsabgeordneten hinaus mit Karl-Heinrich Buhse, dem früheren Dithmarscher Landrat und Vorstandsvorsitzenden der Schleswig, sowie dem Vorsitzenden des schleswig-holsteinischen Richterverbandes, Geert Mackenroth, zwei Persönlichkeiten in der Führungsmannschaft seien, die bisher nicht in der aktiven Politik gestanden hätten.

Aus der Gruppe der schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten zählen der Vorsitzende der Landesgruppe, Dietrich Austermann, der Vorsitzende des Bundestagsagrarausschusses Peter Harry Carstensen und der stellvertretende Landesvorsitzende Peter Kurt Würzbach zum Führungsteam.

Als Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion sind Landtagsvizepräsident Eberhard Dall'Asta, der justizpolitische Sprecher und Obmann im Untersuchungsausschuß Thorsten Geißler, die sozialpolitische Sprecherin Gudrun Hunecke, Fraktionsvorstandsmitglied Ursula Röper, der umweltpolitische Sprecher Thomas Stritzl

und die bildungspolitische Sprecherin Angelika Volquartz in der Führungsmannschaft.

„Die Mitglieder dieser Kernmannschaft stehen für Führungspositionen in Regierung, Parlament und Fraktion zur Verfügung. Sie bilden eine hervorragende Mischung aus erfahrenen und jungen Kolleginnen und Kollegen und stellen unsere personale Alternative zu der in sich zerstrittenen Führung der SPD dar“, erklärte Ottfried Hennig.

Zusammen mit den 45 Direktkandidatinnen und Direktkandidaten, unter denen 16 Frauen und neun Kandidaten unter 39 Jahren sind, bildet die Führungsmannschaft ein Team, das schon jetzt ständig im Land unterwegs ist, mit den Menschen spricht, ihnen zuhört und dabei deutlich macht: Es ist Zeit zum Wechsel.

„Die selbst nach Aussagen eigener Funktionsträger ‚vergreiste‘ SPD, die gerade einen Landtagskandidaten unter 39 Jahren (es steht also neun zu eins) gefunden hat, ist keine und hat keine Alternative. Vergleichen Sie fair die zur Verfügung stehenden Persönlichkeiten, und Sie werden sehen: Das Team der Schleswig-Holstein-Partei CDU ist einfach stärker. Es kennt das Land und kann jederzeit loslegen“, sagte Hennig abschließend.

Die FDP hat sichtbar wieder Tritt gefaßt

Generalsekretär Peter Hintze zum Dreikönigstreffen der FDP:

Die vorweihnachtlichen Turbulenzen sind überwunden. Die Koalition in Bonn wird ihre Arbeit verlässlich fortsetzen. Die Koalition der Mitte ist das beste Bollwerk gegen das sich formierende Linksbündnis von SPD, Grünen und PDS. Beim Thema Solidaritätszuschlag bleibt es – wie in der Koalition-

vereinbarung festgelegt – bei einer jährlichen Überprüfung. Eine Änderung dieser Vereinbarung wird es nicht geben. – Die Behauptung von angeblicher Sozialdemokratisierung der Union ist blanker Unsinn. Sie ist offensichtlich ein fehlgeleiteter Wahlkampfversuch. Schließlich war es die FDP, die Probleme mit den Ausrutschern nach links hatte.

Eine Form des Erinnerns, die in die Zukunft wirkt

Bundespräsident Roman Herzog hat den 27. Januar zum Tag des Gedenkens für die Opfer des Nationalsozialismus erklärt. Die Proklamation hat folgenden Wortlaut:

1995 jährte sich zum 50. Mal das Ende des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. In diesem Jahr haben wir uns in besonderer Weise der Opfer des nationalsozialistischen Rassenwahns und Völkermordes erinnert und der Millionen Menschen gedacht, die durch das nationalsozialistische Regime entrechtet, verfolgt, gequält oder ermordet wurden.

Symbolhaft für diesen Terror steht das Konzentrationslager Auschwitz, das am

27. Januar 1945 befreit wurde und in dem vor allem solche Menschen litten, die der Nationalsozialismus planmäßig ermordete oder noch vernichten wollte.

Die Erinnerung darf nicht enden; sie muß auch künftige Generationen zur Wachsamkeit mahnen.

Es ist deshalb wichtig, nun eine Form des Erinnerns zu finden, die in die Zukunft wirkt. Sie soll Trauer über Leid und Verlust ausdrücken, dem Gedenken an die Opfer gewidmet sein und jeder Gefahr der Wiederholung entgegenwirken.

Ich erkläre den 27. Januar zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus.

1995 rund 4.700 Spätaussiedler weniger als im Vorjahr

Im Jahre 1995 wurden 217.898 Spätaussiedler in der Bundesrepublik Deutschland registriert und verteilt. Im Jahre 1994 waren es 222.591, 1993: 218.888 Personen. Im Jahre 1995 sind damit 4.693 Spätaussiedler weniger als 1994 registriert worden.

Zu den Zahlen erklärte der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung, **Horst Waffenschmidt**: Rund zwei Drittel der Spätaussiedler kamen auch 1995 aus den asiatischen Republiken der GUS, insbesondere aus Kasachstan. Hier hält die Unsicherheit wegen nationalistischer Bestrebungen an. Aber nicht alle Deutschen, die von dort weggehen, kommen nach Deutschland. Zehntausende aus Mittelasien siedeln sich in der Russischen Föderation an. Rußland und Deutschland unterstützen diese Ansiedlung durch eine schwerpunktmäßige Förderung, insbesondere in Westsibirien.

Viele Deutsche in Osteuropa wollen den Aufnahmebescheid als „Sicherheitspapier“ für den Notfall. Dafür spricht, daß etwa 100.000 Personen ihren Aufnahmebescheid bisher nicht zur Ausreise nach Deutschland genutzt haben. Viele Deutsche möchten sich durch einen Aufnahmebescheid die Möglichkeit offen halten, nach Deutschland überzusiedeln.

Ziel der Aussiedlerpolitik der Bundesrepublik ist 1996 nach wie vor:

- Aufnahme einer begrenzten Zahl von Spätaussiedlern im Rahmen eines geregelten, vom Herkunftsort aus betriebenen Aufnahmeverfahrens und ihre Integration in Deutschland;
- Schaffung gesicherter Lebens- und Zukunftsperspektiven für die Deutschen in Osteuropa durch schwerpunktmäßige Förderung.

Trauer um Kurt Schmücker

Mit Kurt Schmücker hat die CDU Niedersachsen eine ihrer prägendsten Persönlichkeiten verloren. Wie kaum ein anderer verkörperte er die Volkspartei CDU, in deren Dienst er sich über vier Jahrzehnte gestellt hatte.

Kurt Schmücker gehörte zu der Generation, die Krieg, Elend und Diktatur am eigenen Leib erfahren mußte und sich zu der Verpflichtung bekannte, zum Aufbau der freiheitlichen Demokratie beizutragen. So hat Schmücker sich in hohen Staatsämtern als Bundeswirtschafts- und Bundesschatzminister, über 23 Jahre lang als Abgeordneter des Deutschen Bundestages, als führender Repräsentant der CDU Deutschlands und nicht zuletzt als langjähriger Bürgermeister seiner Heimatstadt Lönningen um das Gemeinwohl verdient gemacht.

Pionierleistungen

Sein Name bleibt untrennbar mit dem Aufbau der sozialen Marktwirtschaft und der Förderung des Mittelstandes verbunden. Kurt Schmücker steht aber auch für eine moderne Wirtschaftspolitik, die sich als Strukturpolitik verstand. So wurde auf seine Initiative der erste deutsche Regionalplan überhaupt, der Emslandplan, durchgesetzt. Auch das sogenannte ‚Stabilitäts- und Wachstumsgesetz‘ geht auf Kurt Schmücker zurück. In welcher Weise Kurt Schmücker geistige Pionierleistungen erbrachte, zeigt auch sein Plädoyer als leidenschaftlicher Anhänger der wirtschaftlichen und politischen

Einigung Europas für eine Europawährung schon in den 60er Jahren.

Zum Wohle aller

Landesvorsitzender Christian Wulff: „Mit Kurt Schmücker ist ein Mann von großer Integrität von uns gegangen, dem es nicht nur um Auseinandersetzung, sondern auch um Aussöh-



nung, nicht nur um Durchsetzung, sondern um Gestaltung zum Wohl aller ging. Mit seinem Fleiß, seiner Nüchternheit und Kompetenz, mit seinem Weitblick, seiner Menschlichkeit und Heimatliebe wird Kurt Schmücker ein Vorbild für die politische Kultur unseres Landes bleiben.“

Trauer um Richard Langeheine

Im Alter von 95 Jahren verstarb der Ehrenvorsitzende der CDU Niedersachsen, Richard Langeheine. Landesvorsitzender Christian Wulff würdigte die Verdienste des langjährigen Politikers und Ehrenvorsitzenden der Partei.

„Richard Langeheine hat das Profil unserer Partei geprägt und sich große Verdienste um unser Land und unsere Partei erworben“, sagte Wulff und hob die Verständigungsbereitschaft, seine Aufgeschlossenheit den Problemen seiner Mitmenschen gegenüber sowie seine Lauterkeit als Mensch und Christ hervor. Wulff würdigte Langeheine als Politiker, der Maßstäbe gesetzt habe, die bis in die heutige Zeit reichen.

Neue Wege gegangen

Langeheine habe stets ein besonderes Gespür für die Probleme der Mitmenschen gehabt, aber auch den Mut aufgebracht, neue Wege in der Politik zu gehen und Maßstäbe zu setzen. „Die Niedersachsen-CDU hat diesem großartigen Mann und Politiker viel zu verdanken“, so Wulff.

Richard Langeheine wurde am 16. Februar 1900 in Eixe bei Peine auf einem Bauernhof geboren. Nach 1945 ließ er sich in Peine als Rechtsanwalt nieder. Seine politische Karriere begann Langeheine 1948 mit seiner Wahl in den Stadtrat und 1949 mit der Wahl in den Kreistag von Peine. 1954 zog er in den Niedersächsischen Landtag ein. Von 1955 bis 1956 war er Niedersächsischer Justizminister, von

1956 bis 1959 und von 1965 bis 1970 Kultusminister.



Richard Langeheine war Ehrenbürger der Stadt Peine und Träger höchster Auszeichnungen, die er sich für seine Verdienste um das Land Niedersachsen und den Aufbau der Demokratie in Deutschland erworben hat. So wurde er 1970 mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. 1972 erhielt er mit der Landesmedaille die höchste Auszeichnung des Landes Niedersachsen.

Christian Wulff: „Wir gedenken eines Menschen, der mit Leidenschaft und Augenmaß am Aufbau unseres freiheitlich demokratischen Staates mitgewirkt hat.“

● Winter-Schal

Ob für Wintersport, Schneewanderung, oder Canvassing: mit dem Winterschal der CDU sind Sie bestens gerüstet für die kalte Jahreszeit. Deshalb sollte der CDU-Winterschal jetzt bei keiner Aktion bzw. an keinem Canvassingstand mehr fehlen, denn dieses ideale Werbemittel für die kalte Jahreszeit ist nützlich und attraktiv zugleich.

Bestell.-Nr.: **9362**

Verpackungseinheit: 1 Schal

Preis je Expl.: 9,45 DM

● CDU-Eiskratzer

Ein aktiver Beitrag zum Abbau der Müllberge

Klare Sicht nach vorn: Verteilen Sie jetzt auf Betriebs-, Supermarktplätzen oder im Parkhaus den Eiskratzer – zusammen mit dem neuesten Info-Material. Mit dem nützlichen und sehr begehrten Werbemittel hinterlassen Sie bei jedem Autofahrer einen positiven Eindruck. Doch auch der Umweltschutz wurde bei diesem Artikel nicht außer Acht gelassen. Deshalb wurde der CDU-Eiskratzer aus eingeschmolzenen Produktionsabfällen aus Polystyrol hergestellt, das z. B. für die Produktion von Joghurtbechern verwendet wird.

Bestell.-Nr.: **9890**

Mindestabnahme: 100 Expl.

Preis je 100 Expl. 69,- DM



Alle Preise zzgl.: MwSt. und Versand*

Bestellungen an:
IS-Versandzentrum
Postfach 1164
44759 Versmold
Fax: **(054 23) 4 15 21**

(*Bei Bestellungen bis zu einem Warenwert von 50,- DM wird eine Versandkostenpauschale in Höhe von 5,- DM erhoben).

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

Wegbereiter der Europäischen Union

Einen „großen Patrioten und Europäer“ hat Bundeskanzler Helmut Kohl François Mitterrand in einer Erklärung zum Tod des früheren französischen Staatspräsidenten genannt (siehe Seite 9) und bekräftigt: „Seine politische Vision vom vereinten Europa wird uns auch künftig Vermächtnis und Ansporn sein.“

Die Rolle Mitterrands als Wegbereiter der Europäischen Union hebt auch „Die Welt“ vom 9. Januar in ihrem Kommentar zum Tod von Mitterrand hervor und schreibt:

Im Laufe seiner langen Amtszeit hat François Mitterrand viele seiner Überzeugungen über Bord geworfen. Eine jedoch nicht: die von der Notwendigkeit, ein geeintes,

friedliches Europa zu schaffen. „Frankreich ist unser Vaterland, Europa unsere Zukunft“ lautete der Leitsatz, nach dem der sozialistische Präsident stets gehandelt hat. Daß er dies in engster Zusammenarbeit mit Helmut Kohl, dem Kanzler des früheren „Erbsfeindes“ tat, dafür werden ihm viele Deutsche ihre Hochachtung und ehrende Erinnerung mit Sicherheit bewahren.

In Europa Maßstäbe gesetzt

Mitterrands Rolle als Wegbereiter der Europäischen Union hat nicht nur bei seinen Landsleuten in Frankreich einen - mitunter als schmerzlich empfundenen - Bewußtseinswandel ausgelöst; er hat auch für seinen Nachfolger im Elysée-Palast und für die Politiker in ganz Europa Maßstäbe gesetzt.

UiD

1/1996

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 5440, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119, **Vertrieb:** Tel. (0228) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Profitlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 56,- DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.